



UNTER DEN TALAREN

MUFF

Mehr Partizipation wagen

Einfluss der 68er-Studentenrevolte
auf die politischen Strukturen deutscher
Universitäten

Von Michael Dobbins

Unter dem Schlagwort »68er-Bewegung« werden verschiedene linksgerichtete Protestbewegungen, Bürgerrechtsdemonstrationen und antiautoritäre Aktionen zusammengefasst, die ab Mitte der 1960er in Deutschland und zahlreichen anderen Ländern stattfanden und auf eine Umwälzung bestehender sozialer und politischer Strukturen zielten. Als »Kulturrevolution«, »Aufbruch einer neuen Generation« oder »Ära der Rebellion« stellten die Bewegungen kritische Weichen für die gesellschaftspolitische Entwicklung Deutschlands und anderer Länder. Durch öffentlichkeitswirksame Massenproteste auf allen Ebenen sollten verkrustete und autoritäre soziale, politische und akademische Strukturen durchbrochen und sollte eine grundlegende Transformation der Gesellschaft

herbeigeführt werden. Auch 50 Jahre später haben die vielfältigen Proteste der späten 1960er Jahre noch einen fast mythischen Charakter und die Frage nach deren Auswirkungen auf unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche bleibt immer noch Gegenstand empirischer Forschung.

Hintergründe

Nach dem Wirtschaftswunder der 1950er und frühen 1960er Jahre stagnierte die deutsche Wirtschaft und es herrschten knapp 20 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland immer noch erhebliche Demokratiedefizite. Nach wie vor befanden sich in den Reihen der politischen Elite ehemalige NS-Mitglieder, ein Großteil der deutschen Verlage gehörten der Axel-Springer-Gruppe und es



Parole an der Wand
des Rektorats, 30.5.1968.

regierte ab 1966 eine unbeliebte große Koalition (CDU-SPD) ohne starke Opposition (nur die FPD mit ca. 10 Prozent der Sitze im Bundestag). Auch das deutsche Hochschulwesen, welches in der Nachkriegszeit auf der Grundlage des historischen Humboldt'schen Universitätsmodells wiederhergestellt wurde, galt als verstaubt, hierarchisch und Bastion einer kleinen »akademischen Oligarchie«. Ähnlich verhielt es sich mit dem ebenso wiederhergestellten Schulsystem, dessen dreigliedrige Struktur von immer mehr Menschen als elitär und als Mittel zur Reproduktion von sozialen Ungleichheiten empfunden wurde. Gleichzeitig nahm die Kritik an den mangelnden Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten im politischen, akademischen und wirtschaftlichen Umfeld zu.

Eine der Figuren, die grassierende Unzufriedenheit in größere Protestaktionen kanalisierte, war das aus der DDR geflohene Führungsmitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), Rudi Dutschke, der sich zunehmend als Sprachrohr einer neuen linken »außerparlamentarischen Opposition« (APO) zu den Regierungsparteien profilierte. Nach Meinung von Dutschke und seinen Anhängern befanden sich das politische und akademische System Westdeutschlands nach wie vor in den Händen von NS-Funktionären. Dutschke und der SDS plädierten für einen offenen Kampf gegen die politische Ordnung durch einen »langen Marsch durch die Institutionen« und machten durch die Belagerung von Hochschulräumen und öffentlichen Plätzen (sogenannte »sit-ins«) und andere Blockaden auf ihre Ziele aufmerksam, die bestehende gesellschaftspolitische Ordnung zu transformieren und demokratisieren und eine offene, transparente Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit herbeizuführen.

Beflügelt wurde die Protestbewegung durch weitere parallel verlaufende Ereignisse sowohl in Westdeutschland als auch im Ausland. Die Bürgerrechtsproteste in den USA, Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, die von Che Guevara geführten Aufstände in Südamerika sowie die sexuelle Revolution und Frauenbewegung dienten als Legitimitätsanker für die Studentenproteste in Europa, vor allem in Deutschland und Frankreich. In Anlehnung an diese internationalen Protestbewegungen – und inspiriert durch die Frankfurter Schule – forderte die deutsche Studentenbewegung die Demokratisierung aller Lebensbereiche und mehr Selbstbestimmung sowie kulturelle Offenheit und die Gleichberechtigung von Frauen, Homosexuellen und anderen Gruppen. Dabei folgten deren Anhängerinnen und Anhänger der Kant'schen Maxime, dass Menschen – im Gegensatz zu anderen Lebewesen – nicht nur bloße Mittel für Zwecke anderer seien, sondern ein Recht auf Mitbestimmung haben.

Frankfurt und West-Berlin als Mittelpunkte der Bewegung

Mitte der 1960er Jahre wurde Frankfurt am Main – neben West-Berlin – zu einem der Epizentren der intellektuellen Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitischen Verhältnissen und Machtstrukturen in Deutschland. Nach der Erschießung von Benno Ohnesorg (Juni 1967) und dem Attentat auf Rudi Dutschke (April 1968) breitete sich die Revolte deutschlandweit sich massiv aus. Dabei wurden nicht nur die allgemeinen politischen Verhältnisse in Deutschland angeprangert, sondern auch die Bedingungen an deutschen Universitäten: überfüllte

Hörsäle, bildungspolitischer Konservatismus, mangelnde Partizipationsmöglichkeiten angesichts von akademischen Oligarchien und starke Unterrepräsentation von Frauen in Wissenschaft und Forschung. Während der Beratungen zu den sogenannten Notstandsgesetzen im Deutschen Bundestag im Mai 1968 weiteten sich die Proteste sowohl an der Universität als auch in der Stadt Frankfurt aus. In zahlreichen Frankfurter Betrieben wurde die Arbeit niedergelegt, während der SDS einen alternativen Lehrplan für die Universität entwickelte. Nach einem aktiven Streik an der Goethe-Universität, an dem 2000–3000 Personen teilnahmen, wurde der normale Lehrbetrieb eingestellt und wurden von Anhängern der Bewegung alternative Vorlesungen zu Themen wie »Autoritärer Staat und Faschismus«, »Geschichte und Gewalt«,

»Enteignet Springer« und »Autoritäre Schule und Widerstand« angeboten. Dabei wurde die Universität von den Protestierenden symbolisch in »Karl-Marx-Universität« umbenannt und vor dem damaligen Hauptgebäude der Universität ein Transparent mit dem Slogan »Dieser Eingang ist offen für NS-Befürworter und Fachidioten« aufgehängt.

Nachdem die Idee der »Kritischen Universität« bereits einige Monate zuvor an der Freien Universität Berlin umgesetzt wurde, kam es auch in Frankfurt zu engen Verbindungen zwischen Vertretern der Studentenbewegung und jenen der Kritischen Schule. Es fanden zahlreiche Diskussionsveranstaltungen mit Theodor Adorno, Jürgen Habermas und anderen Vertretern statt, die zwar die radikalen, revolutionären Ansätze des SDS kritisierten, aber durchaus auch durch mehr soziale Gerechtigkeit eine friedlichere Transformation der Gesellschaft herbeiführen wollten. Auch im Hinblick auf ihre Forderungen an die deutsche Hochschulpolitik vertraten die protestierenden Studierenden und die Vertreter der Kritischen Schule unterschiedliche Sichtweisen. Zwar unterstützen Adorno und andere Vertreter das Konzept einer Reformuniversität, sprachen

sich jedoch dagegen aus, dass Studierende selber ihre Lerninhalte festlegen, da dadurch das Leistungsprinzip untergraben würde. Infolgedessen wurde das Frankfurter Institut für Sozialforschung von SDS-Mitgliedern besetzt.

In dieser Phase rückte auch die Lage der Frauen in Deutschland verstärkt in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Insbesondere Frankfurt wurde zu einem wichtigen Schauplatz des Kampfes gegen männlich dominierte Machtstrukturen, der durch die 68er-Proteste maßgeblich flankiert wurde. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist der Frankfurter »Weiberrat«, der im Zuge der 1968er-Bewegung gegründet wurde und für ein neues Selbstbewusstsein der Frauen sowie einen Fokus auf Geschlechterbeziehungen in der Analyse gesellschaftlicher Machtstrukturen plädierte.

Das Erbe der 68er

Was bleibt von der 68er Bewegung an deutschen Universitäten und insbesondere der Goethe-Universität? Im Gegensatz zu den niedergeschlagenen Revolten in Osteuropa brachten die Akademikerproteste in Westeuropa, so der 2014 verstorbene Frankfurter Politikwissenschaftler Iring Fetscher, einen enormen Schub an Energie und Innovation sowohl für das deutsche Bildungswesen als auch fürs gesellschaftspolitische Leben in Deutschland und Westeuropa im Allgemeinen. Im Hinblick auf das Bildungswesen kam es auf administrativer und pädagogisch-didaktischer Ebene zu weitreichenden Veränderungen, welche besonders stark an der Goethe-Universität ausfielen. Auf administrativer Ebene wurde ab Ende der 1960er Jahre versucht, die interne Steuerung von Universitäten zu »demokratisieren« und die Macht der bisher als »feudalistisch« geltenden Professorenschaft aufzuweichen. Dabei entstand das Konzept der »Gruppenuniversität, die die Beteiligung eines breiteren Spektrums an Akteuren an der universitären Selbstverwaltung durch erweiterte Stimmrechte ermöglichen sollte. Spezifisch wurde versucht, das Konzept der »Drittelparität« durchsetzen, d. h. ein Drittel der Sitze in universitären Gremien sollten von Studierenden besetzt werden. Zwar wurde die Drittelparität Ende der 1970er in einigen Bundesländern zurückgenommen, dennoch wurden Studierende, (Post-)Doktoranden sowie technisches und administratives Personal auf allen Ebenen verstärkt in universitäre Entscheidungsprozesse einbezogen. Neben den akademischen Senaten entstanden an den meisten deutschen Universitäten auch Studierendenparlamente und weitere Vertretungsorgane der Interessen Studierender.

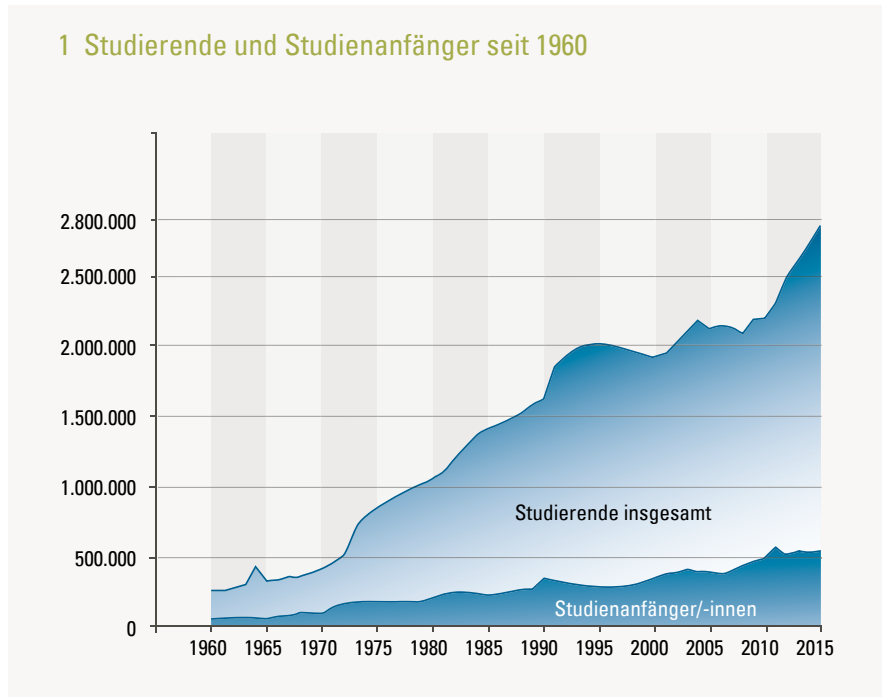
Allerdings muss rückblickend konstatiert werden, dass dieser als »Demokratisierung« angeordnete Prozess auch ein Stück weit die

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- In den frühen 60er Jahren gelten das deutsche Hochschulwesen und das Schulsystem als verstaubt und hierarchisch. Die Kritik an den mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten nimmt im politischen, akademischen und wirtschaftlichen Umfeld zu.
- Neben West-Berlin wird Frankfurt zum Zentrum eines Protestes gegen die allgemeinen politischen Verhältnisse, aber auch gegen die Bedingungen an deutschen Universitäten, der im Mai 68 an der Goethe-Universität zum Streik und zur Einstellung des Lehrbetriebs führt.
- Auf administrativer Ebene wird ab Ende der 1960er Jahre versucht, die interne Steuerung von Universitäten zu »demokratisieren« und die Macht der bisher als »feudalistisch« geltenden Professorenschaft aufzuweichen.
- Trotz unumstrittener Errungenschaften bleibt das gesellschaftspolitische und akademische Erbe der 68er-Bewegung nicht ohne Kritik: Angeführt werden unter anderem ein (vermeintlicher) Verlust von Disziplin und Autorität und der Rückgang des Leitungsprinzips an Universitäten, die Verbreitung von anti-bürgerlichen, antiwestlichen, anti-kapitalistischen Tendenzen und eine vermeintlich allgegenwärtige politische Korrektheit an deutschen Universitäten oder der massive Widerstand gegen Studiengebühren vonseiten linksgerichteter Studierender.

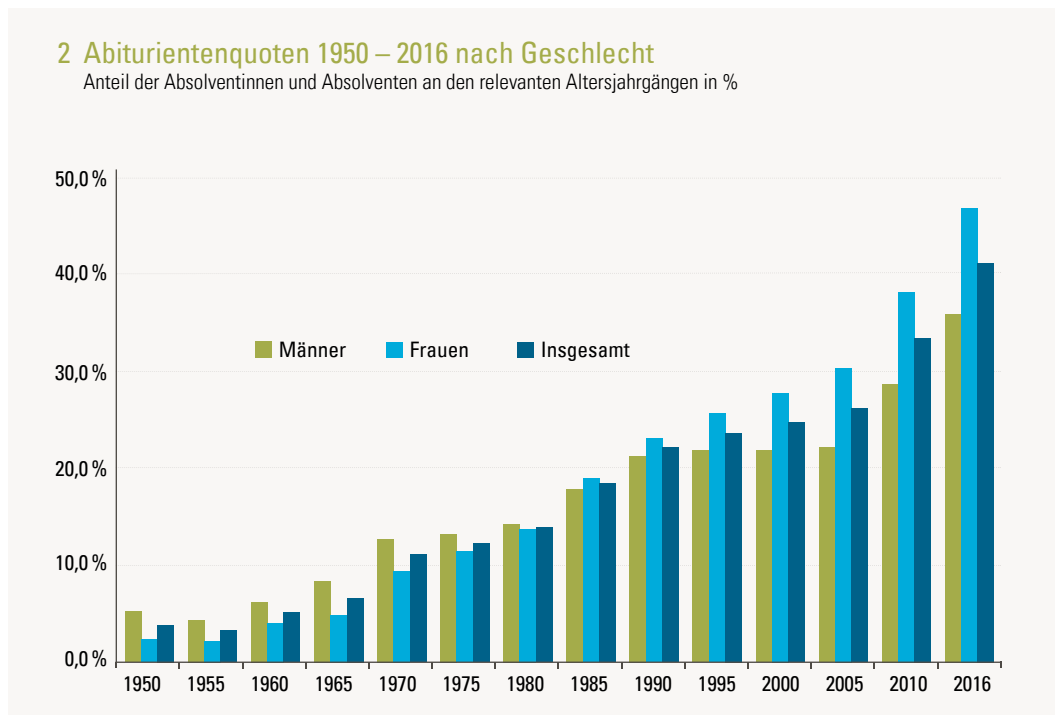
ohnehin schwache kollektive Handlungsfähigkeit deutscher Universitäten reduzierte und zu einer noch komplexeren Verschachtelung von Entscheidungskompetenzen führte. Dennoch konnten deutsche Universitäten ihren Ruf als Bastionen akademischer Eliten ohne Rücksicht auf die inhaltlichen, beruflichen Interessen und Selbstverwirklichungsperspektiven ihrer Studierenden und Nachwuchsakademikern abschütteln und sich einer neuen Gesellschaft kritischer Bürgerinnen und Bürgern und deren basisdemokratischen Ambitionen öffnen.

Diese Entwicklung setzte sich auch auf pädagogisch-didaktischer Ebene fort. Bisher galt im deutschen Hochschulwesen weitgehend das Humboldt'sche Prinzip des wertfreien Wissens und der freien Forschung ohne Rücksicht auf sozioökonomische Belange. Durch die 68er Bewegung setzte sich die Überzeugung zunehmend durch, dass Universitäten mehr als nur »Elfenbeintürme«, die sich lediglich an der wissenschaftlichen Gemeinschaft orientieren, sein sollen und sich auch ihrer sozialen Verantwortung stellen müssen. Dieser Gesinnungswandel war besonders stark an der Goethe-Universität Frankfurt zu spüren. Bereit in seiner 1962 erschienenen Habilitationsschrift plädierte der Frankfurter Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas dafür, dass öffentliche Angelegenheiten nicht nur in der Presse und politischen Institutionen verhandelt werden sollen, sondern auch innerhalb von gesellschaftlichen Institutionen wie Universitäten, Schulen und Verbänden. Es entstanden sowohl innerhalb des Lehrbetriebs als auch im Rahmen von anderen



universitären Veranstaltungen neue Freiräume für Diskussion, Dialog und kritische Fragen. Auch wenn die universitäre Lehre in Deutschland nach wie vor häufig als Nebenprojekt der Forschung wahrgenommen wird, kam es im Zuge der 68er-Bewegung zur Diversifizierung von Lehr- und Lernmethoden sowie zu einer stärkeren Problemorientierung der Studieninhalte. Auch in der Lehrerbildung setzten sich infolge der 68er-Bewegungen neue pädagogische Strömungen wie zum Beispiel die repres-

1+2 Öffnung der höheren Bildungswege nach 68.



sionsfreie Pädagogik durch. Im Gegensatz zu bisherigen eher autoritären, disziplinierten pädagogischen Ansätzen rückten die Emanzipation von Individuen und Konzepte von Bildung als Schlüssel zur Demokratisierung in den Vordergrund.

Eine weitere nennenswerte Errungenschaft der 68er-Proteste, aber auch anderer namhafter Bildungsphilosophen der Ära wie zum Beispiel Georg Picht („Die Deutsche Bildungskatastrophe, 1964) und Rolf Dahrendorf („Bildung als Bürgerrecht, 1965) war die Öffnung der höheren Bildungswege für bisher stark benachteiligte Gruppen (z. B. Arbeiterkinder). So kam es in den 1970er Jahren zum massiven Ausbau der Fachhochschulen, um Forderungen nach einem stärker humankapitalorientierten Verständnis von Bildung gerecht zu werden. Die durch die 68er-Bewegung beflügelten größeren Bildungsaspirationen öffneten auch neue Türen für Mädchen und Frauen zur höheren Bildung: Auch wenn Frauen in der wissenschaftlichen Forschung in Deutschland trotz positiver Tendenz nach wie vor unterrepräsentiert sind, stellten Frauen im Jahre 2015 mit 53 Prozent mehr als die Hälfte aller Studiumanfänger. Ende der 1968er lag der Frauenanteil sowohl in der BDR als auch in der DDR bei gerade mal ca. 15 Prozent der Studierendenschaft.



Der Autor

Prof. Michael Dobbins ist Juniorprofessur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Policy Analyse & Bildungspolitik an der Goethe-Universität; seine Forschungsinteressen liegen im Bereich Bildungspolitik im internationalen Vergleich (v. a. Steuerung des Bildungswesens, Internationalisierung von Bildungspolitik), Hochschulpolitik im internationalen Vergleich (v. a. Steuerung des Hochschulsystems, Internationalisierung/Europäisierung von Hochschulpolitik, Politikgestaltung in der EU, Innenpolitik der USA, Interessengruppenpolitik, Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa sowie Innen- und Außenpolitik der Kaukasus-Länder.

dobbins@soz.uni-frankfurt.de

Trotz unumstrittener Errungenschaften bleibt das gesellschaftspolitische und akademische Erbe der 68er-Bewegung nicht ohne Kritik. Bereits seit Jahren werden deren Leitfiguren dafür kritisiert, dass sie sich nicht viel früher mit der terroristischen RAF (Rote Armee Fraktion), die zumindest teilweise aus der APO hervorging, kritisch auseinandersetzten. Andere Kritiker sehen den vermeintlichen Verlust von Disziplin und Autorität und den Rückgang des Leitungsprinzips an Universitäten als Spätfolgen der-68er Ideologie. Wissenschaftliche Forschungen zeigen außerdem, dass linksgerichtete Gruppierungen klar die Oberhand in studentischen Vertretungsorganen gewonnen haben – ein Eindruck, der bei einem Spaziergang über den Frankfurter Campus vor universitätsinternen Wahlen schnell bestätigt wird. Zudem machen Kritikerinnen und Kritiker die heutigen Erben der Bewegung für die Verbreitung von antibürgerlichen, antiwestlichen, antikapitalistischen Tendenzen und eine vermeintlich allgegenwärtige politische Korrektheit an deutschen Universitäten verantwortlich. Wenn sie überhaupt zu Vorträgen eingeladen werden, sehen sich Gastredner aus dem bürgerlich-konservativen oder auch liberalen Spektrum häufig mit Anfeindungen und Protesten im universitären Umfeld konfrontiert.

Zu guter Letzt sehen nicht wenige Bildungsökonominnen den massiven Widerstand gegen Studiengebühren vonseiten linksgerichteter Studierender, die sich bei ihren Protestaktionen gerne der Leitbilder der 68er-Bewegung bedienen, kritisch. Obwohl weitgehend bekannt ist, dass das deutsche Bildungswesen im Vergleich der westlichen Industrieländer aufgrund seiner einseitigen staatlichen Finanzierung massiv unterfinanziert ist, werden insbesondere von linker Seite weitere Bildungsexpansionen und bessere Studienbedingungen bei gleichzeitiger lautstarker Kritik an den Missständen an deutschen Hochschulen gefordert. Dabei erscheint es einigen Bildungsforscher durchaus als paradox, dass vor allem linke Gruppierungen – trotz ihren weitreichenden Mitbestimmungsmöglichkeiten und ihrer starker Präsenz in universitären Entscheidungsprozessen – in der Regel nicht bereit sind, einen größeren (jedoch maßvollen) monetären Beitrag zur Optimierung der Studienbedingungen zu leisten sind. ●